

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #32/2015

---

3. Oktober 2015

Die Fragen stellte Pia Laetitia Tabellion, Staatswissenschaftlerin aus Passau.

### **Pia Laetitia Tabellion:**

*Frau Bundeskanzlerin, wir erinnern uns an das Bild: Bei der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union 2012 standen der französische Präsident Hollande und Sie auf und gaben einander die Hand, weil Deutschland und Frankreich als Motoren der europäischen Einigung gewürdigt wurden. Nächste Woche besuchen Hollande und Sie das Europäische Parlament. Was soll, was muss der Motor in der gegenwärtigen Situation bewirken?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Ja, es ist auch ein durchaus bewegender Moment, wenn François Hollande und ich auf Einladung des Parlamentspräsidenten und der Fraktionen im Europäischen Parlament sprechen werden. Und ich glaube, es ist der richtige Zeitpunkt, weil Europa wieder mal in einer Bewährungsprobe ist. Diese Bewährungsprobe heißt jetzt: Wie gehen wir mit den Flüchtlingen um? Wie finden wir eine gemeinsame Antwort Europas? Und vor allen Dingen: Wie können wir als Europa auch die Fluchtursachen gemeinsam bekämpfen? Da sind wir auf dem Weg, uns eine Meinung zu bilden, aber das Problem drängt, die Aufgabe drängt. Ich glaube, dass François Hollande und ich gemeinsam deutlich machen werden, dass wir eine Wertegemeinschaft sind, dass wir eine Gemeinschaft der Solidarität sind, die sich Aufgaben auch fair teilen muss. Und ich glaube, wir finden dafür auch eine durchaus große Zustimmung im Europäischen Parlament.

*Insbesondere ost- und mitteleuropäische Länder haben sich gegen die verbindliche Quote zur Verteilung von Flüchtlingen ausgesprochen. Sie fordern – wie gerade gesagt – mehr europäische Solidarität. Funktioniert diese Solidarität nur, wenn Geld zu verteilen ist oder Schuldenkrisen zu überwinden sind?*

Das darf natürlich nicht der Fall sein, und ich glaube, so ist das auch nicht. Wir haben ja durchaus mit unseren europäischen Friedensmissionen, mit vielen Anstrengungen der europäischen Außenpolitik gemeinsam Verantwortung – auch in der Welt – gezeigt; mittel- und osteuropäische Länder genauso wie Gründungsmitglieder und südosteuropäische und südeuropäische Länder. Also, hier will ich keine Schuldzuweisung machen, aber in der Frage der Flüchtlinge gibt es noch einen großen Diskussionsbedarf. Was wir doch gemeinsam verstehen müssen, ist, dass es im Augenblick mehr Flüchtlinge gibt als jemals seit dem Zweiten Weltkrieg. Und Europa muss hier einen Beitrag zu einer globalen Herausforderung leisten. Und die europäische Komponente heißt, dass wir natürlich europaweit vor allen Dingen unsere Außengrenzen schützen – gemeinsam schützen – und damit eine geordnete Zuwanderung nach Europa haben. Aber es heißt auch, dass wir mehr Verantwortung für die Länder übernehmen müssen, in denen Fluchtursachen sind oder in denen heute sehr viele Flüchtlinge sind, wie zum Beispiel im Libanon, in Jordanien und in der Türkei. Und gerade das Thema der griechisch-türkischen Außengrenze der Europäischen Union ist hier ein Thema, wo wir auch mit der Türkei sprechen werden oder schon begonnen haben zu sprechen. Diese gesamten Anstrengungen müssen gemeinsam gemacht werden. Und wir werden mehr für Entwicklungshilfe ausgeben müssen. Wir werden mehr für Flüchtlinge ausgeben müssen bei den entsprechenden UN-Programmen, denn dieses kann nur Europa gemeinsam, aber auch die Weltgemeinschaft gemeinsam lösen.

*Wie kann Raum für kritische Fragen geschaffen werden, ohne dass jemand als „Rassist“ oder ausländerfeindlich gilt, wenn man Bedenken gegen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge äußert?*

Ich glaube, die Menschen müssen ihre Fragen stellen dürfen, und sie stellen sie ja auch. Es gibt unendlich viele Gesprächsmöglichkeiten – mit Bürgermeister vor Ort, mit Landräten vor Ort, mit den Abgeordneten vor Ort, und das muss auch so sein. Denn das ist ja etwas, was wir in diesem Maße bis jetzt noch nicht gekannt haben. Es ist plötzlich so, dass aus einem Krieg wie dem in Syrien, den wir meistens im Fernsehen verfolgt haben, plötzlich etwas ganz Reales wird: Es kommen Flüchtlinge. Wir müssen deutlich machen, dass die, die einen Schutzgrund haben, bei uns Schutz bekommen sollen; dass aber auch die, die diesen Schutzgrund nicht haben, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, dass die unser Land auch wieder verlassen müssen. Da müssen wir auch noch konsequenter sein und das deutlich machen. Und deshalb haben wir zum Beispiel ‚sichere Herkunftsländer‘ definiert. Also, die Menschen müssen informiert über unsere politischen Schritte werden: Das tun wir politisch. Und sie müssen genauso ihre Meinung, ihre Sorgen und ihre Fragen stellen können. Denn die Integrationsaufgabe von denen, die neu zu uns kommen und die vielleicht auch hier bleiben werden, ist eine große Aufgabe. Und angesichts der Größe muss auch Raum für Diskussionen sein.

*Wie stellen Sie sich die Zukunft eines Europas vor, das mit all denen fertig werden muss, die nach Europa kommen, die die EU verlassen wollen – beispielsweise Großbritannien – und diejenigen, die die EU in der heutigen Form abschaffen wollen?*

Ja, wir müssen immer wieder um Mehrheiten kämpfen und ringen – durch Diskussionen, durch Auftreten. Aber vor allen Dingen muss Europa als Europa auch attraktiv sein. Die Menschen, die hier leben, die müssen sehen: Es gibt Arbeitsplätze – und da haben wir im Augenblick Probleme – nach der Eurokrise, nach der internationalen Finanzkrise. Die Menschen müssen sehen, was es für einen Wert hat, wenn man freie Grenzen hat und keine Grenzkontrollen, wie wir sie jetzt zeitweise zwischen Deutschland und Österreich einführen mussten. Die Menschen müssen sehen, dass wir weltweit besser für den Klimaschutz kämpfen können, als wenn das jedes Land alleine tut. Und so müssen wir den Problemen auf den Grund gehen, die den Menschen auf den Nägeln brennen. Gleichzeitig ist es so, dass wir deutlich machen müssen: Wir üben Verantwortung aus in der Welt. Wir sind bereit, Hilfe zu leisten für die, die sonst ihre Heimat verlassen müssten. Wir müssen uns beteiligen an der Lösung von Konflikten, wie wir es in Afghanistan getan haben, obwohl sich jetzt zeigt, dass das ein langer Weg ist; wie wir es bei der Unterstützung der Peschmerga im Irak machen, um eben Jesiden einen Schutz zu geben und damit sie nicht alle ihre Heimat verlassen müssen. Da wird sich Europa im 21. Jahrhundert mehr engagieren müssen. Und ich werde jedem sagen: Aus meiner Sicht ist es besser, wir engagieren uns in Europa gemeinsam, als wenn jedes einzelne Land das alleine tut. Dann sind wir nicht so stark.